

Information nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Bürgerbüro

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung (Name, Sitz, Kontaktdaten, vertretungsberechtigte Person/Leitung)	Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (Name Datenschutzbeauftragter, Kontaktdaten)
Verwaltungsgemeinschaft Igling Andreas Glatz Donnersbergstraße 1 86859 Igling Telefon: +49 8248 9697-0 E-Mail: info@vg-igling.de	actago GmbH Straubinger Str. 7 94405 Landau Telefon: +49 9951 99990-20 E-Mail: datenschutz@actago.de
Stand: Mai 2023	

Zwecke der Datenverarbeitung:
<ol style="list-style-type: none"> 1) Antrag auf Errichtung einer Auskunfts- und Übermittlungssperre sowie Widerspruch gegen Datenübermittlung 2) Anträge für Parkerleichterungen, Schwerbehindertenausweise, sowie Anträge auf Rundfunk- und Fernsehgebührenbefreiung bzw. -ermäßigung 3) Zuarbeit für die Rentenversicherungsträger, Erfassung der Grunddaten zur Rentenbeantragung bei der deutschen Rentenversicherung 4) Befähigung der Meldebehörden der Städte, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, ihren gesetzlichen Aufgaben des Meldewesens nachzukommen 5) Beantragung, Erstellung und Aushändigung von Fischerei-Erlaubnissen, Anmeldung zur Fischereiprüfung 6) Registrierung der im Zuständigkeitsbereich wohnenden Personen, Feststellung und Nachweis deren Identität und Wohnung, Erhebung von Personendaten, Einpflegung von übermittelten und amtlich bekannt gewordenen Daten, führen der Melderegister, Pass- u. Ausweisregister, Auskünfte aus dem Melderegister, versch. Auswertungen 7) Bearbeitung des Antrags auf ein Führungszeugnis 8) Überprüfung der gewerblichen Zuverlässigkeit 9) Arbeiten im Zusammenhang mit der Beantragung von sozialen Leistungen 10) Durchführung der Fundsachenverwaltung 11) Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgaben nach dem Bundeszentralregistergesetz 12) Befähigung der Passbehörden der Städte, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften ihren gesetzlichen Aufgaben des Pass- und Personalausweisgesetzes nachzukommen 13) Bestätigung des Vermieters bei Bezug einer Wohnung,

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 6 I c) DSGVO zu 1, 2, 3, 6, 9, 12, 13 ▪ Art. 6 I e) DSGVO zu 1, 2, 3, 6, 7, 9, 12, 13 ▪ Art. 4 I BayDSG zu 1, 2, 3, 6, 9, 12, 13 ▪ § 42 III, § 50 V, § 51 I BMG, § 58c I SG zu 1 ▪ § 46 StVO, §152 SGB IX, VwV-StVO, §§ 4, 4a RBStV zu 2 ▪ Art. 6 I d) DSGVO zu 3, 9 ▪ SGB VI zu 3 ▪ BMG zu 4, 6 ▪ BayFiG zu 5 ▪ Art. 6 I b) DSGVO zu 6 ▪ PAuswG, PaßG zu 6, 12 ▪ BayAGBMG, MeldDV zu 6 ▪ GewO, GastG zu 8 ▪ SGB I - XII, WoGG, BuT, BayWoBindG, BayWoFG, LStVG zu 9

- §§ 965 ff. BGB, FundV, kommunale Satzung (Ortsrecht) zu 10
- BZRG zu 11
- PassVwV, AGPaßPAuswG, PAuswV zu 12
- § 19 BMG zu 13

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

- Antragsteller, Behörden zu 1, 8
- Bürger zu 1
- Zentrum Bayern Familie und Soziales, ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice Köln zu 2
- Deutsche Rentenversicherung zu 3, 6, 9
- Sachbearbeiter zu 3
- Landratsamt zu 3, 6, 8
- Waffenerlaubnisbehörden, Sprengstoffbehörden, Schulen, Staatsangehörigkeitsbehörden, Ausländerbehörden, Bundesverwaltungsamt, Abfallbehörden, Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Bayer. Rundfunk, Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr, Kraftfahrtbundesamt, automatisierter Abruf nach §§ 34, 38, 43, 44, 45, 46 Bundesmeldegesetz zu 4
- Religionsgemeinschaften, Bundeszentralamt für Steuern zu 4, 6
- Bayerische Landesanstalt für Fischereiwesen zu 5
- nationale Behörden, Parteien, Mandatsträger, Presse, Rundfunk, Fernsehen, Adressbuchverlage zu 6
- Bundeszentralamt für Justiz, gewünschte Behörde zu 7
- Gerichte und Auskunfteien zu 8
- Polizei zu 8, 10
- Zuständige Sozialbehörden, Landratsamt (Sozialhilfeverwaltung, Wohngeldstelle, Jugendamt), Job-Center zu 9
- Finder zu 10
- Bundesamt für Justiz zu 11
- Bundesdruckerei, Sperrlistenbetreiber zu 12

Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation:

Es findet keine Übermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen statt.

Speicherdauer der Daten, bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer:

- Auskunftssperren gelten befristet für zwei Jahre und werden auf Antrag verlängert zu 1
- Übermittlungssperren gelten unbefristet zu 1
- Bis zum Ablauf der Geltungsdauer des Parkausweises. Bei der Schwerbehindertenhilfe, Rundfunk und Fernsehgebührenbefreiung werden keine Daten gespeichert. zu 2
- Löschung erfolgt im Anschluss an die Antragsaufnahme zu 3
- Lösungsfristen ergeben sich aus §§ 13,14 und 15 BMG zu 4
- Geltungsdauer des Fischereischeins, bei auf Lebenszeit ausgestellten Fischereischeinen 10 Jahre nach dem Tod des Fischereischeininhabers zu 5
- Keine Löschung der Daten im Melderegister, Pass- und Ausweisregister im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nach Ablauf von fünf Jahren seit Wegzug oder Tod des Einwohners die gespeicherten Daten der Einwohner für die Dauer von 50 Jahren aufzubewahren. zu 6
- 5 Jahre ab Antragstellung zu 7, 11
- 10 Jahre zu 8
- 20 Jahre nach Abschluss des Vorgangs zu 9
- 10 Jahre nach Abschluss des Vorgangs zu 10
- 10 Jahre nach Ablauf der Gültigkeit zu 12
- 2 Jahre zu 13

Information zu Betroffenenrechten:

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
- Es besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, Postfach 22 12 19, 80502 München, Telefon: +49 89 212672-0, E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

Widerrufsrecht bei Einwilligung:

Wenn Sie in die Datenerhebung durch den oben genannten Verantwortlichen durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten:

Die Verpflichtung zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten ergibt sich aus den oben genannten Rechtsgrundlagen. Ohne Bereitstellung der personenbezogenen Daten kann die Kommune nicht für Sie tätig werden.

Legende:

Um dieses Informationsblatt möglichst transparent für Sie zu gestalten, finden Sie bei einigen Angaben Verweise auf die zugehörigen Zwecke. Dabei entspricht die Ziffer im Verweis der Ziffer des zugehörigen Zwecks.